

## **FDP-Statement aus Anlass der Haushalts-Verabschiedung im Stadtrat am 11.12.24**

Die Stadt Detmold steht finanziell immer stärker mit dem Rücken zur Wand: Wir verabschieden heute einen Doppelhaushalt 2025-26 mit einem deutlichen Defizit und einer weiteren Neuverschuldung. Zwar wird die Notwendigkeit eines Haushaltssicherungs-Konzepts noch vermieden, doch ist es nach meiner Befürchtung nur eine Frage der Zeit, dass uns die Aufsichtsbehörde dazu zwingt, auf viele freiwillige Leistungen und vermeidbare Investitionen zu verzichten. Und Detmold ist dabei bei weitem nicht allein. Wir teilen dieses Schicksal mit sehr vielen Kommunen in NRW, denen das Wasser ebenfalls bis zum Hals steht.

Woran liegt diese Misere? In der Vergangenheit hat auch Detmold viele Projekte begonnen und Investitionen angestoßen, die sich zunächst finanzieren ließen, die heute aber wie ein „Klotz am Bein“ des städtischen Haushalts wirken. Als nur ein Beispiel in diesem Zusammenhang nenne ich den Hangar 21, der den Haushalt Jahr für Jahr mit mehreren 100.000 Euro belastet und den wir als FDP schon mehrfach als verzichtbar bewertet haben. Leider gab es für einen Verkauf dieses Gebäudes mit einem hohen Renovierungsstau insbesondere im Bereich der Wärmedämmung bisher keine Mehrheit im Rat. Im Gegenteil: Eine langfristige Zementierung dieser Misere wird derzeit von Teilen der Stadtverwaltung und mit Zustimmung von großen Teilen des Rates vorbereitet.

Weitaus gravierender als eigene Fehler der Vergangenheit wirkt sich aber die fehlende Unterstützung für die Kommunalfinanzen durch das Land NRW aus, das uns vor Ort Aufgaben zuweist, allerdings nicht für die notwendige Finanzierung zur Erledigung dieser Pflichten sorgt. Es kommen die stets steigenden Ausgaben an die Umlage-finanzierten Haushalte von Landschaftsverband Westfalen-Lippe und Kreis Lippe hinzu, deren finanziellen Forderungen wir nahezu schutzlos ausgeliefert sind. Und schließlich haben die Corona-Epidemie, Ukraine-Krieg und die aktuelle Wirtschaftskrise in Deutschland ebenfalls Spuren im städtischen Haushalt hinterlassen.

Lassen Sie mich einen dritten Themenbereich ansprechen: Die städtischen Gesellschaften unter dem Dach der Holding DetCon, darunter insbesondere die Stadtwerke, der Stadtverkehr und die Stadthallen-Gesellschaft, werfen heutzutage ebenfalls deutlich weniger Gewinne ab oder verursachen deutlich höhere Defizite als in der Vergangenheit. Die Gründe sind vielfältig und werden in den dafür zuständigen Aufsichtsgremien auch erörtert. Eine Lösung ist aber zumindest kurzfristig nicht in Sicht: Unterm Strich muss das gesamte Defizit dieser Gesellschaften auf Dauer aus dem städtischen Haushalt subventioniert werden, zumal im Rahmen der Energiewende noch sehr hohe Investitionen gestemmt werden müssen. Vorbei sind die schönen Zeiten, als im Bereich der DetCon Gewinne erwirtschaftet und an die Stadt überwiesen wurden.

Der Kämmerin und ihrem Team sind diese Probleme sehr wohl bewusst. Sie haben sich frühzeitig auf den Weg gemacht, um die Auswirkungen der Misere abzumildern. Zunächst intern und dann mit Beteiligung der Politik wurden seit dem Sommer alle Möglichkeiten transparent gemacht, erörtert und abgewogen. Dafür gilt unser Dank.

Das Ergebnis all dieser Überlegungen ist ein für uns so gerade noch tragbarer Kompromiss: Im Doppelhaushalt 2025-26 gibt es sehr sinnvolle, aber auch schmerzhaft Einsparungen. Vor allem aber enthält das Zahlenwerk nicht unerhebliche

Mehrbelastungen für die Bürger und Gewerbetreibenden Detmolds im Bereich von kommunalen Steuern und Gebühren. Und der Etat führt in Form von weiteren Schulden zu Belastungen, die von den nächsten Generationen abbezahlt werden müssen. Das darf man nicht vergessen.

Wer verantwortlich handelt für unsere Stadt, der kann diese Probleme am heutigen Tag nur mildern, aber nicht lösen. Daher stimmen wir dem Haushaltsplan 2025-26 schweren Herzens zu. Es ist aber eine vorrangige Aufgabe für die neuen Ratsmitglieder in der nächsten Wahlperiode, eine Trendumkehr zu erreichen. Mögen sich die Wahlkämpfer in den nächsten Monaten dafür hüten, den Bürgern anderweitige Versprechungen zu machen, die zu neuen finanziellen Belastungen führen.

Thomas Trappmann  
Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion Detmold